
Tacheles-Stellungnahme zur Verbändeanhörung zum PNOG

Eine Anhörung, bei der niemand zuhören wollte Umgang mit PNOG-Kritik: Enttäuschend, ärgerlich und besorgniserregend.

Koordination und Kommunikation

Roland Weigel
Konkret Consult Ruhr GmbH
Munscheidstraße 14
45886 Gelsenkirchen
Telefon 0172 – 2 84 48 61
weigel@kcr-net.de

Die Verbändeanhörung zum Pflegeneuordnungsgesetz liegt hinter uns. Formal wurde ein weiterer Schritt im Gesetzgebungsverfahren absolviert. Inhaltlich bleibt vor allem eines zurück: Frustration. Das Ergebnis stand fest und wurde gebetsmühlenartig wiederholt: Der Entwurf ist alternativlos!

Wir sind enttäuscht. Wir sind verärgert. Und wir sind besorgt.

Es war und bleibt ernüchternd. Es entstand der Eindruck, dass eine inhaltliche Debatte gar nicht gewollt war. Die einen wollten über ihre unmittelbare wirtschaftliche Betroffenheit und die Auswirkungen auf die Versorgungslage in der Pflege diskutieren, die anderen die Alternativlosigkeit des vorgelegten Entwurfs mit immer den gleichen „Argumenten“ („Es ist halt kein Geld da“ und „Wir können halt nicht anders“) belegen.

Es trafen sich Ministeriumsjuristen mit Verbandsjuristen auf Augenhöhe und diskutierten technischen Feinheiten im Paragraphenschlingel. Dieser technokratische Dialog wurde gelegentlich von einigen verzweifelten Enthusiasten gestört, die immer noch an die soziale und wirtschaftliche Stabilisierungsfunktion von Pflege glauben und auf die disruptiven Effekte der vorgestellten Neuordnung hinweisen wollten. Bei uns entstand der Eindruck einer Anhörung, bei der niemand zuhören wollte.

Eine inhaltliche Debatte mit den Vertreterinnen und Vertretern der Leistungserbringer und Betroffenen war nicht gewollt. Die Bundesregierung hatte sich ja bereits im Titel des Gesetzes von der Idee einer Reform verabschiedet und lediglich eine „Neuordnung“ angekündigt. Diese Neuordnung geht eindeutig zu Lasten der Betroffenen. Sie wird zahlreiche Angehörige aus dem Berufsleben vertreiben, weil sich die Familien die ungebremst steigenden Zuzahlungen in der stationären UND ambulanten Pflege nicht mehr leisten können. Sie wird mehr Frauen zu Armutrentnerinnen machen, weil sie zur Pflege ihrer Angehörigen aus dem Job aussteigen müssen

Tacheles-Stellungnahme zur Verbändeanhörung zum PNOG

und ihnen die Rentenpunkte für die Arbeit als pflegende Angehörige gekürzt werden. Sie wird die Kommunen weiter belasten, weil die Leistungen für die „Hilfe zur Pflege“ explodieren werden. Sie wird – in Verbindung mit dem GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz – mittelfristig eine Insolvenzwelle in der Pflege auslösen, weil die verbindliche Refinanzierung von Tarifabschlüssen ausgehebelt wird.

Koordination und Kommunikation

Roland Weigel
Konkret Consult Ruhr GmbH
Munscheidstraße 14
45886 Gelsenkirchen
Telefon 0172 – 2 84 48 61
weigel@kcr-net.de

Der Gipfel ist es aber, wenn Ministeriumsvertreter sich in einer Verbändeanhörung die Kritik an zentralen Inhalten ihres Entwurfs verbitten, wenn nicht Adhoc trag- und finanzierungsfähige Alternative präsentiert werden. Es ist infam und respektlos, die Denkleistungen von Initiativen wie der „Initiative generationengerechte Pflege, IGP“ oder „Pro Pflegereform“ bei der Ausarbeitung eines zentralen Reformvorhabens der Regierung zu ignorieren und in einer Anhörung den Mangel an Alternativen zu beklagen. Das gilt auch für die wissenschaftlichen Erkenntnisse der wenigen renommierten Ökonomen und Juristen, die sich noch in der Pflege engagieren.

Die Anhörung hat bestätigt, was sich in den vergangenen Wochen abgezeichnet hat. Wir alle arbeiten uns am Klein-Klein der Gesetzentwürfe ab und niemand traut sich mehr, die Forderung nach einer grundlegenden und echten Neuordnung der Pflege ins Gespräch zu bringen. Niemand fragt mehr nach der Vision für eine zukunftsfähige pflegerische Versorgung. Diese Anhörung war ein Ritual, das abgehalten werden musste, um den demokratischen Gepflogenheiten zu genügen. Am Ende gehen alle mit einem unguuten Gefühl aus dieser Form des Dialogs (der keiner war) nach Hause. Diese Anhörung hat gezeigt, dass wir eine Neuordnung unserer politischen Entscheidungskultur brauchen. Wir benötigen für die Schlüsselfragen unserer Gesellschaft Lösungen, die über eine Legislaturperiode hinausreichen. **Wir brauchen einen Generationenvertrag für Pflege und Gesundheit. Jetzt!**

Gelsenkirchen, den 11.06.2026

Claudia Ott, Christian Westermann, Helmut Wallrafen
Im Namen der der Ruhrgebietskonferenz-Pflege und des Netzwerks
„ZukunftPfleger NRW